



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/54 - 5.3.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

|                                   |      |
|-----------------------------------|------|
| Wer kommt nach Stalin ?           | S. 1 |
| Italien und die EVG               | S. 3 |
| Stundenbuch eines Berlin-Besuches | S. 5 |

---

## Die Nachfolge

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Als Lenin für seine Nachfolge eine Führungsgruppe empfahl, lebte die damalige KPdSU noch in einem Zustande relativ großer Demokratie. Lenin war eine natürliche, gewachsene Autorität. Immerhin ist er noch in Abstimmungen innerhalb oberster Führungsgremien der Partei oft überstimmt worden, hat bisweilen nachgegeben, sich meist aber später in der betreffenden Frage durchgesetzt. Damals gab es noch öffentliche Diskussionen, etwa bei der Einführung der Politik des NEP, der neuen ökonomischen Ordnung, und in hundert anderen Fällen.

Stalin, der sich schließlich im Kreis des Nachfolger-Kollektivs auf eine Weise durchgesetzt hat, die die Welt mit Grauen erfüllte, mußte sich das gleiche Maß an Autorität erst künstlich schaffen, das Lenin durch die Überlegenheit seines Geistes und als Schöpfer des Bolschewismus besaß. Den höchsten Grad kultischer Verehrung erzwang sich Stalin erst als Sieger im "Vaterländischen Krieg".

Es ist unwahrscheinlich, daß Stalin ein Testament im engen Sinne des Wortes hinterlassen hat, noch unwahrscheinlicher, daß er ein Kollektiv, ein Direktorium oder dergleichen für seine Nachfolge bestimmte. So viel man weiß, hat er nie etwas von einer solchen Führungsart in einem totalitären Staat gehalten,

vielmehr ist er stets für das Prinzip der Alleinherrschaft - ob durch natürliche oder gewaltsame Autorität - als die beste Führungsform eingetreten, nicht in Reden, aber in der Praxis. Er wußte andererseits, daß auch die Benennung eines Einzelnen durch ihn selbst, diesem für eine gewisse Zeit wohl zusätzlich Ansehen geben, ihm aber auch nicht auf die Dauer die Macht werde sichern können, wenn dieser Auserwählte sich nicht als der Stärkste erweisen würde.

Ob dieser Stärkste schnell gefunden werden kann und sich erfolgreich durchsetzen wird, entscheidet gleichzeitig darüber, ob es in der Sowjetunion zu offenen Diadochen-Kämpfen kommen wird oder nicht. Daß dieser eigentliche Nachfolger heute noch nicht klar vor aller Augen als solcher dasteht, daß es nach Stalins Ende niemanden gibt, dessen Überlegenheit gegenüber den anderen ihn auf den ersten Blick prädestiniert, liegt am System, das niemanden zum Halbgott werden läßt, solange der Gott selbst noch lebt. Stalin war, als Lenin starb, durchaus nicht der aussichtsreichste und glänzendste Kandidat und Lenin selbst hatte sich sogar kurz vor seinem Tode recht kritisch über ihn geäußert. Weit im Vordergrund stand damals Trotzki.

Jetzt, fast 30 Jahre später, werden seit langem immer wieder drei Namen genannt: Malenkow, Molotow und Berija - jeder andere wäre wohl in der Tat ein krasser Außenseiter. Von ihnen wieder hat Malenkow die besten Aussichten. Vor allem hat er dafür gesorgt, daß der engere Anhängerkreis des seinerzeit stärksten Mannes nach Stalin, des ihm geistig weit überlegenen Schdanow, fast ganz dezimiert worden ist. Malenkow hat seitdem seine schwere Hand fest auf den "Apparat" gelegt, er beherrscht das innere Feld nicht souverän, aber doch weit mehr als jeder andere, auch als Berija. Berija ist Jude, wie überhaupt die politische Staatspolizei im MWD, der er vorsteht, sehr stark von Juden durchsetzt ist, die sich gegenwärtig absolut in der Defensive befinden. Berija war außerdem ein ausgesprochen persönlicher Intimus von Stalin und zwar so ausschließlich, daß dessen Tod gerade seine Stellung besonders schwer beeinträchtigt. Molotow andererseits ist zunehmend zum politischen "Würdenträger" geworden, ohne ausreichende Basis in der Partei und auch die Gruppe Marschälle ist seit dem Ende des Krieges immer mehr an die Wand gespielt worden. Woroschilow ist seit Jahren ein etwas genußsüchtiger alter Mann ohne politischen Ehrgeiz.

Vielleicht wird sehr bald irgendjemand der zwölf stellvertretenden Ministerpräsidenten zum Nachfolger Stalins in dessen Eigenschaft als Ministerpräsident ernannt werden. Damit wäre aber keineswegs gesagt, daß dies der kommende Mann ist. Vermutlich wird man auch vermeiden, den künftigen Inhaber der größten Machtfülle schnell und mit Aplomb herauszustellen. Es ist sogar möglich, daß man zunächst nach außen hin den Eindruck zu erwecken sucht, als sei eine kleine Gruppe Gleichberechtigter die entscheidende Körperschaft. Unbeschadet dessen spricht alles dafür, daß Malenkow schließlich das Rennen machen wird. Natürlich wäre er damit an Machtfülle und legendärem Ansehen noch längst kein Stalin, dessen Position er sich erst erobern müßte.

+ + +

Nicht 'mal Italien hat es mehr eilig

v. sch. - Rom, Anfang März

Italien ist in der glücklichen Lage, keine besonderen Hemmungen gegenüber dem EWG-Vertrag zu empfinden: Es hat nicht wie Frankreich Angst vor einem übermächtigen aufgerüsteten Deutschland, noch wird es wie Deutschland durch solche Sorgen geplagt wie die Verewigung der Zerrissenheit seiner nationalen Einheit. Wenn es ein Land unter den Sechs gäbe, das jeden Grund hätte, entsprechend dem Geist des offiziellen Kommuniqués am Ende der Sechsländer-Konferenz in Rom die Ratifizierung beschleunigt vorzunehmen, so wäre das Italien.

Das war auch der amtlich verlautbarte italienische Standpunkt am Vorabend, während und unmittelbar nach der römischen Konferenz. Es gab allerdings eine zeitliche Schwierigkeit: Die jetzige Deputiertenkammer liegt sozusagen in den letzten Zügen. Sie soll programmgemäß unmittelbar nach der Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes durch den Senat, also voraussichtlich in der letzten Märzwoche aufgelöst werden damit die Neuwahlen Ende Mai stattfinden können. Aber noch am Schluß der Konferenz sprach Ministerpräsident de Gasperi Pressevertretern gegenüber die zuversichtliche Hoffnung aus, daß der Vertrag, der gegenwärtig von einem Sonderausschuß geprüft wird, noch von dieser Deputiertenkammer ratifiziert werden würde.

Am Samstag vormittag gab de Gasperi einen zufriedenen Bericht über den Ablauf der römischen Konferenz vor seinem Kabinett ab. Aber noch am gleichen Nachmittag teilte das amtliche Organ der - durchaus ratifizierungswilligen - italienischen Sozialdemokratie, die "Giustizia", mit, daß eine Ratifizierung noch in dieser Legislaturperiode ausgeschlossen sei. In einem sachlichen, anscheinend inspirierten Kommentar zur Kabinettsitzung setzte sie auseinander, daß es bis dahin die Absicht der Regierung gewesen sei, die Ratifizierungsdebatte am 12. März beginnen zu lassen, daß man sich aber inzwischen zu der Überzeugung durchgerungen hätte, daß die Zeit doch zu knapp sei, daß es dem Wunsch der Regierung entspreche, angesichts der Wichtigkeit des Themas eine ausgiebige Debatte darüber stattfinden zu lassen, und daß es daher notwendig sein werde, diese Aufgabe der künftigen Deputiertenkammer zu übertragen.

Was bedeutet das praktisch? Da die neue Kammer am 31. Mai gewählt werden soll und erst nach zwei oder drei Wochen zusammentreten wird,

ist es klar, daß eine italienische Ratifizierung nicht vor Ende Juni oder Anfang Juli erfolgen wird.

Welche Gründe haben die Regierung zu ihrer Meinungsänderung trotz des abschließenden Konferenzkommunikés veranlaßt? Sie mögen innen- wie außenpolitischer Natur sein. Sie mag befürchtet haben, daß die kommunistische Opposition in der jetzigen Kammer zur Obstruktion gegen die Ratifizierung schreite und daß die Vorlage um die Zeit der fälligen Parlamentsauflösung nicht verabschiedet sei, was in der Tat nicht nur blamabel, sondern sogar gefährlich wäre. Sie mag ferner gemeint haben, daß es unklug wäre, den ohnedies schweren Wahlkampf noch mit diesem Problem zu belasten. Aber sie mag auch angesichts der Fragwürdigkeit einer baldigen Ratifizierung durch Frankreich es für klüger gehalten haben, die Franzosen nicht durch übermäßige Hast zu verstimmen. Auch Italien möchte überdies vielleicht im Klaren darüber sein, was aus dem Ringen um die Neuformulierung der Zusatzprotokolle herauskommen wird, ehe die Regierung den Vertrag dem Parlament unterbreitet.

Wie dem auch sei: Selbst Italien hat es auf einmal trotz der Beschwörungen Adenauers in Rom über die drohende Angriffsgefahr aus dem Osten nicht mehr so eilig. Möge nun der Bundeskanzler seine selbstbewußten Ankündigungen durchsetzen und die Ratifizierung durch den Bundestag noch im März durchpeitschen - er wird damit die Bundesrepublik auf längere Zeit nur allein auf weiter Flur voranstellen. Der französische Außenminister äußerte noch in Rom, er wisse bestimmt, daß gewisse Länder - gemeint waren die Benelux-Staaten - Frankreichs Ratifizierung abwarten würden. Und nun wird selbst Italien nicht vor dem Hochsommer ratifizieren. So sieht also in Wirklichkeit der Erfolg des Bundeskanzlers in Rom aus.

+ + +

#### Ausverkauf in Freiheit

H.I. 8.30 Uhr. Hannover, Flugplatz Langenhagen. Drei Papiere werden bei der Abfertigung verlangt: Interzonenpaß (viersprachig), BEA-Flugschein (englisch), Personalausweis der britischen Zone (deutsch). Das Schild "Ausland und Berlin" weist uns den Weg zu Zoll- und Paßkontrolle.

9.00 Uhr. Die Maschine hat Verspätung. Eine Holländerin erzählt von den Hilfsaktionen für die Opfer der Flutkatastrophe. Es gäbe nicht genug Kinder, um alle angebotenen Freiplätze in Deutschland zu beschieken. Anfragen, ob anstelle holländischer Kinder Flüchtlingskinder

aus Berlin geschickt werden dürften, seien mit "Nein" beantwortet.

9.30 Uhr. Unter uns das Kraftwerk Harpke. Die Zonengrenze. Das Land dahinter liegt unter Nebel verborgen.

10.30 Uhr. Berlin-Tempelhof. In dem Wandelgang warten Menschen mit müden Gesichtern. Zur Zeit fliegen täglich etwa 900 Flüchtlinge aus.

11.00 Uhr. Kuno-Fischer-Straße. Zur Zeit kommen täglich etwa 2.500 Flüchtlinge an. Von den Personenzügen, die Ostberlin anlaufen, könnten täglich vier nur mit Flüchtlingen besetzt werden. Vopo-Streifen an Ostbahnhöfen riefen den aus der Zone ankommenden Menschen ironisch zu: "Hier die Straßenbahn zur Flüchtlingsstelle". Die Kuno-Fischer-Straße, vor allem die Gänge des Gebäudes Nr. 8, stehen voll wartender Menschen. Als wir uns eilig vorbeidrängen, sagt jemand: "Aha, Prominenz". Man sagt, hohe SED-Funktionäre würden schneller abgefertigt und spricht über den Fall Frau Hamann. Überall hängen Tafeln: Vorsicht bei Gesprächen (Spitzelgefahr), Vorsicht bei Einladungen (Menschenraub).

Die Flüchtlinge erhalten in der Kuno-Fischer-Straße einen Laufzettel. 15 Stellen sind darauf vermerkt. In der Regel muß bei jeder Stelle 6, 8, 12 Stunden gewartet werden. In günstigen Fällen dauert die Prozedur 4-6 Wochen, in ungünstigen die doppelte Zeit. Die Leiterin der Kuno-Fischer-Straße hält das Verfahren, das ein Bundesgesetz bestimmt, für unvertretbar.

12.00 Uhr. Der Bundesbeauftragte im Kaiserdamm 85 hält es für vertretbar. Es sei aus pädagogischen und psychologischen Gründen angebracht, die Mühle langsam mahlen zu lassen. Er nennt sich "Empfangschef im Hotel Europa". Er macht eine Rechnung mit Zahlen und Zeiten auf, die aufgeht. Aber an seine Statistik glaubt nur er selbst.

Die Wahrheit ist dies: Im Schnitt täglich 2.500 Neueingänge. Die Hälfte der Erwachsenen und alle alleinstehenden Jugendlichen bis 24 Jahre, zusammen rund 80 Prozent, werden aufgenommen. Fast alle Abgelehnten gehen in das Beschwerdeverfahren. Bis zum Abflug vergehen für Jugendliche ca. 3, für Erwachsene 6, für Beschwerdefälle sogar 12 Wochen.

Berlin hat 82 Lager mit 36000 Menschen im Aufnahmeverfahren. Fast täglich muß ein neues errichtet werden. Seit 1949 sind 175000 Flüchtlinge abgewiesen. Sie leben illegal in Berlin.

Täglich werden ca. 1000 ausgeflogen. Das ist knapp die Hälfte der Ankommenden. West-Berlins Bevölkerung wächst täglich um ca. 1.500 Menschen. Die Ausflugszahlen können leicht erhöht werden - Flugzeuge stehen zur Verfügung - wenn die Maschine des Aufnahmeverfahrens mehr Fluggäste lieferte.

15.00 Uhr. Ich habe manches an Flüchtlingselend gesehen. Dies übertrifft alles vorhergesehene. 4000 Menschen in einer halbzerbombten Fabrik. Türen aus Decken, Koksöfen zwischen Strohsäcken, Abzug durchs offene Fenster. So hausen 100 bis 200 Menschen in einem Raum, wochenlang auf Stroh.

Ich sehe eine Mutter mit einem Kind. Es ist drei Monate alt und hat einen Nabelbruch. Es wird im Stroh trockengelegt, seit drei Wochen. Kürzlich starb ein Kind auf dem Flug. Die Unsauberkeit der Umgebung, die Unruhe der Mütter bringen das gesündeste Kind in wenigen Tagen in höchste Gefahr. Im Hof der Fabrik steht ein Wochenschauwagen und filmt.

16.00 Uhr. Im Heim eines Wohlfahrtsverbandes an der Havel. 1860 wohnte hier Bismarcks Mutter. Jetzt sind in fünf Baracken 750 Jugendliche untergebracht. Einer kommt gerade. Eine Zigarette beruhigt sein zuckendes Gesicht. "Ich sollte Volkspolizist werden. Dann schon lieber Soldat im Westen".

17.00 Uhr. Wir sprechen mit Flüchtlingen. "Weshalb sind Sie hier?" Eine Mutter mit vier Kindern sitzt dort. Ihr Mann flüchtete vor acht Wochen. Wurde abgelehrt. Brach zusammen. Liegt jetzt in Ostberlin im Krankenhaus. Seine Flucht war Anlaß, seiner Familie Wohnung samt Einrichtung zu beschlagnahmen. Nun sind Frau und Kinder hier. Werden aufgenommen. Ob die Familie jemals wieder zusammen kommt?

"Weshalb sind Sie hier?" Der Arbeiter sagt leise: "Ich kann nicht mehr. Erst zwölf Jahre unter Hitler, dann acht Jahre dies".

"Weshalb sind Sie hier?" Ein Student, sechs Semester Zahnmedizin, antwortet: "Ich will den Anschluß nicht verpassen. In wenigen Wochen ist der Weg nach Berlin gesperrt".

18.00 Uhr. Wir sprechen mit Mitgliedern der Aufnahmeausschüsse. "Wir sind auch nur Menschen". Sie haben als Deutsche zu entscheiden, ob Deutsche in Deutschland in Freiheit leben dürfen. Wer an Leib, Leben oder Freiheit bedroht ist, oder aus anderen zwingenden Gründen kommt, muß laut Gesetz aufgenommen werden. Aber über Bedrohung und Gründe richten Menschen nach Anweisung der Bundesregierung. Den Abgelehnten wird unterstellt, sie hätten ohne zwingenden Grund ihr Zuhause im Stich gelassen.

Das Verfahren ist unmöglich. Wird ein Minderjähriger aufgenommen, können die Eltern klagen. Sie entscheiden laut BGB und Fürsorge-recht über ihre Kinder und deren Wohnort. Wird eine Minderjährige nicht zurückgeschickt, treibt sie "HVG" (häufig wechselnder Geschlechtsverkehr) am Bahnhof Zoo - wer trägt die Verantwortung? Ein in Berlin Aufgenommener steht sich schlechter als ein im Bundesgebiet Abgewiesener. "Hier wird versucht, mit Mitteln von gestern die Situation von heute zu meistern, ohne an das Morgen zu denken", sagt der Berliner Sozialsenator zu dem Verfahren.

22.00 Uhr. Ein Freund aus dem Ostsektor besucht mich. Er berichtet: In der Zone herrsche Panikpsychose. Man weiß, werden im Westen die Verträge ratifiziert, werden im Osten die Grenzen geschlossen. 18 Millionen haben in diesen Wochen zu entscheiden: Nicht frei, aber zu Hause, oder nichts als Freiheit. Er meint, der Osten provoziert die Ratifikation im Westen ("wir werden unsere Pferde im Rhein tränken"), um gewisse Maßnahmen als Antwort darauf durchzuführen. Er weiß, in der Sowjetzone glaubt niemand an eine östliche militärische Aggression. Die Propaganda lehrt die Selbsterledigung des Westens durch die unabwendbaren Krisen der kapitalistischen Wirtschaft. Er glaubt, die hohe Zahl der Flüchtlinge ist der Sowjetzonenregierung peinlich. Geplante Sperrmaßnahmen würden deshalb vielleicht schon früher einsetzen. In den U-Bahnhöfen an der Sektorengrenze werden alle Umbauten mit größter Eile vorangetrieben.

24.00 Uhr. Überall auf Bänken und in Wartehallen trifft man Flüchtlinge. Berlin ist Festung. Einer Festung ist jede innere Belastung zu ersparen. Entlastung ist möglich. - Solidarität ist nötig. Solidarität den Flüchtlingen: Wer Freiheit sucht, soll sie finden. - Solidarität für Berlin: Das Aufnahmeverfahren sollte in der Bundesrepublik durchgeführt werden. - Solidarität des Westens: Eine Luftbrücke sollte Berlin entlasten. Berlin ist ein Rettungsboot im roten Meer. Seine Tragfähigkeit kann jeden Tag überschritten werden.

Verantwortlich: Peter Raunau